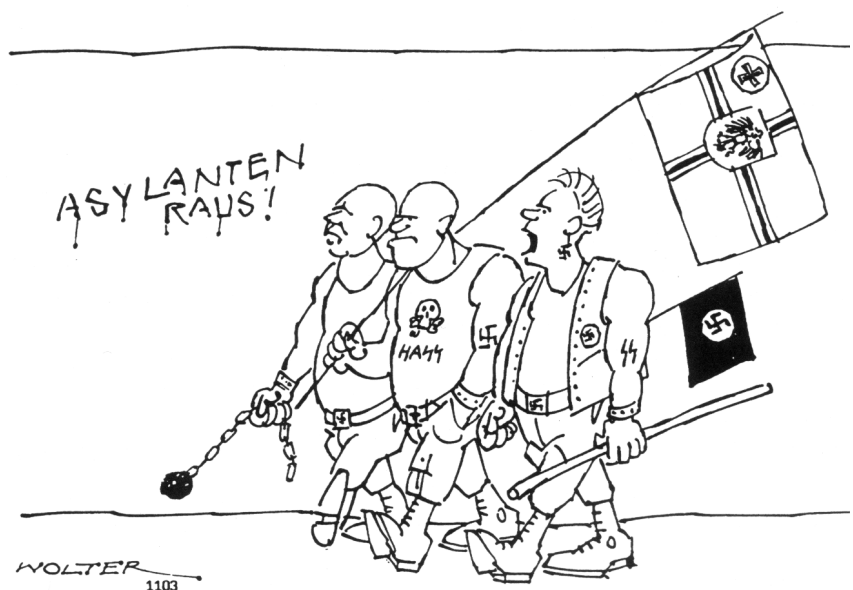


Was Schule und Erziehung gegen Rechts leisten kann



"Was ich immer schon mal fragen wollte: diese Nazis, dieser Hitler, was waren das eigentlich für Typen, was wollten die eigentlich?"

M 8.01 Skinhead-Musik beim Klassenfest

Ob Prügeleien auf dem Schulhof, ausländischerfeindliche Sprüche, einschlägige Aufnäher auf den Jacken oder Skinhead-Musik beim Klassenfest - viele Schüler und Lehrer sind täglich mit dem Problem des Rechtsextremismus konfrontiert. Experten warnen die Schulen vor einer Vertuschung des Problems aus Furcht, in Verruf zu geraten, und raten zu offensivem Vorgehen.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse forderte am Donnerstag, Lehrer müssten ermutigt werden, „mehr Profil zu zeigen und nicht um des lieben Friedens Willen zu schweigen“. Schulen müssten ihre Aufklärungsarbeit verstärken. Ulrike Kahn weiß aus der Praxis, wie „evident“ das Problem Rechtsextremismus an den Schulen ist. Sie begleitet in Brandenburg Beratungsteams, die Schulen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen. Jeder fünfte Brandenburger habe eine rechte Orientierung, dies zeige sich auch in den Schulen: Rechte laufen mit neonazistischen Aufnehmern durch die Schulen, spielen rechtsextreme Lieder in Klassenräumen, provozieren durch ausländischerfeindliche Sprüche im Unterricht, tyrannisieren Mitschüler. In Brandenburg soll angesichts der drückenden Last der Probleme ein „Beratungssystem Schule“ dazu motivieren, sich gegen die Rechten zu stellen. Das seit mehr als einem Jahr bestehende Angebot werde „oft, aber noch zu wenig“ genutzt. Denn, so Kahn, die Schulen der Sekundarstufe I, die einen Brennpunkt des Problems darstellen, stehen angesichts sinkender Schülerzahlen unter enormem Konkurrenzdruck. Auch aus Existenzgründen sorgt sich mancher Pädagoge um den Ruf der Schule.

Doch Vertuschen ist der falsche Weg, wie Fachleute warnen. Wenn sich erst einmal eine rechte Szene etabliert habe, sei der Schaden ungleich größer, meint die Schulexpertin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marianne Demmer. Das Problem müsse offensiv angegangen werden. Demmer rät wie Kahn zunächst zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme, in die auch Schüler und Eltern einbezogen werden müssten. Gemeinsam müsse man dann nach Lösungen suchen. Mitläufer

sollten verunsichert werden.

Beim Vorgehen gegen einen möglichen harten Kern bedürfe es der Hilfe von außen. Vernetzung, lautet hier das Stichwort. Vereine, Kirchen, Unternehmen, Eltern, aber auch die Polizei - das gesamte soziale Umfeld müsse an einen Tisch. So merkten die Lehrer auch, dass sie nicht alleine stünden. Die rechte Szene müsse deutlich spüren, dass das Umfeld sich nicht machtlos fühle.

Die Fachleute raten auch zu festen Regeln etwa in der Schulordnung, durch die jedem Schüler klar werde, dass Rechtsextremismus unerwünscht sei. Auch bei kleineren Vorfällen dürften die Pädagogen nicht weggucken. Diffuse Haltungen könnten als stille Zustimmung verstanden werden, warnt Demmer. Und Kahn verweist auf Frankfurt/Oder und Beeskow, wo sich zwei Lehranstalten zu „Schulen ohne Rassismus“ erklärten, und wo sich Rechte ständig der Diskussion stellen müssten. Nicht zuletzt müsse Lehrern für diese Auseinandersetzung ein Argumentationsleitfaden an die Hand gegeben werden, fordert Demmer. Brandenburg biete solche Broschüren etwa zur Parole „Ausländer raus“ an.

In jedem Fall halten die Fachleute das Vorgehen gegen Schüler, die sich mit rechtsextremen Sprüchen hervortun, für eine Gratwanderung. Mit autoritären Reaktionen erreiche man das Gegenteil, das Ansehen der Schüler vor Gleichgesinnten steige, warnt die GEW-Expertin. Bei den Schülern dürfe aber auf keinen Fall der Eindruck entstehen, der Lehrer finde die rechte Einstellung im Grunde auch richtig. Bei Schlägereien oder anderen Straftaten helfe hingegen nur die Polizei.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, sieht die Schule ohnehin in der Pflicht, bei strafrechtlich relevanten Vorfällen sofort die Polizei zu verständigen. Alles andere wäre ein „falsches Verständnis pädagogischer Güte“.

(aus: Wolfgang Wagner, Skinhead-Musik beim Klassenfest, in: Frankfurter Rundschau online, URL vom 08.09.2000: <http://www.f-r.de/fr/spezial/rechts/t201720000818209680.htm>)

M 8.02 Erziehung gegen Gewalt ist machbar

Rechtsextremistische Gewalt ist keineswegs ein Sommerlochthema, sondern es ist seit vielen Jahren ein allgegenwärtiges Problem unserer Gesellschaft, das jetzt endlich einmal mit dem erforderlichen Aufwand parteienübergreifend angegangen wird. Wie immer beginnt die Diskussion an der Oberfläche mit einem empörten Aufschrei, mit Überlegungen zum Verbot der NPD und anderer neonazigruppen und mit Auseinandersetzungen über das Untersagen von Aufmärschen und Demonstrationen. Aber zunehmend greift zum Glück auch die Einsicht, dass das Abdrängen von fremdenfeindlichen Gruppierungen in den schwer zu kontrollierenden Untergrund nicht ausreicht und dass Aktionen gegen schlimme Heranwachsende und Erwachsene nicht weit genug tragen, wenn man nicht bei Kindern beginnt.

Rechtsextreme Gesinnungen haben nicht nur etwas mit Dummheit und mit den so oft als Ursache angeführten Verliererschicksalen, sondern auch etwas mit Demokratiedefiziten, also im Kern etwas mit Erziehung und mit Schulen zu tun. Wertepurale Gesellschaften wie die in Deutschland, Frankreich oder Italien haben immer ein breiteres Spektrum an politischen Auffassungen, und sie fleddern an den Rändern dieses Spektrums immer weiter aus als in totalitären Systemen. Das ist einerseits der Preis für Liberalität und Demokratie, macht aber andererseits auch Erziehung aufwendiger.

Der Schule kommt in der Demokratie eine schwierigere erzieherische Verantwortung zu als in einer Diktatur, und in unserer aktuellen Gesellschaft ist die Schule mittlerweile die einzige Lebenswelt, die mit den Elementen Schulpflicht und politische Bildung noch alle jungen Menschen bewusst erzieherisch zu erreichen vermag, weil es die Familie oft nicht mehr kann oder will und weil die Lebenswelten Medien und Jugendkulturszenen sich im Wesentlichen ohne einen Erziehungsauftrag bloß ereignen.

Erziehung zur Demokratie muss schon im Vor- und Grundschulalter beginnen, indem wir Kindern vorleben und über Rollenspiele, Geschichten, Hörspiele und Filme mit anschließenden bewertenden Gesprächen aufzeigen, wie man sich im Falle eines Problems angemessen entscheiden, wehren, behaupten und durchsetzen kann, so dass man nicht aus Mangel an Verhaltensalternativen auf Gewalt, Sucht und Krankheit ausweichen muss.

Dazu gehört, dass täglich aus Anlass von konkreten kleinen Mobbingvorfällen in der Schule oder auf dem Schulweg Gewalt verpönt wird, und zwar vor

allem aus dem Mund von Gleichaltrigen, denn das überzeugt wesentlich mehr, als wenn Erwachsene das tun, weil junge Menschen unbewusst spüren, dass sie ihre Zukunft eher mit den Menschen ihrer Altersgruppe als mit der vor ihnen lebenden Generation teilen werden.

Untersuchungen haben ergeben, dass Kindergartenkinder keine Probleme damit haben, mit Kindern anderer Nationen und Religionen zu spielen, und dass Grundschüler einen sensibleren Gerechtigkeitssinn haben als Jugendliche und Erwachsene. Erziehung zur Demokratie trifft also bei kleinen Kindern auf den denkbar fruchtbarsten Boden, und das müssen wir so nutzen, wie das seit vielen Jahren mit großem Erfolg die Lehrerinnen der Lübecker Domschule tun: Jeder kleine Gewaltvorfall wird noch einmal veranschaulicht, und dann wird differenziert nach Tätern, Opfern und Zuschauern gefragt „Was hätte man stattdessen tun können?“ Die von den Schülern am höchsten bewerteten Verhaltensalternativen werden daraufhin über Rollenspiele so eintrainiert, dass sie für spätere kritische oder lähmende Situationen als taugliche Handlungsmuster auch wirklich zur Verfügung stehen.

Gewalt und Fremdenfeindlichkeit haben seitdem dort wie auch mit dem Antiaggressivitätstraining an der Schule für Erziehungsschwierige im niedersächsischen Bad Bentheim um mehr als 50 Prozent abgenommen, und ganz schlimme Gewalttaten kommen überhaupt nicht mehr vor.

Lehrer können derartige Strategien erlernen, und damit muss es nicht mehr zu solchen nach hinten losgehenden Schüssen kommen, wie sie von einem wohlmeinenden Hauptschullehrer aus Rostock-Lichtenhagen berichtet werden: Er wollte - bei 15-Jährigen viel zu spät - mit Filmen der Reden von Hitler und Goebbels, über KZs und NSDAP-Aufmärsche in Nürnberg abschrecken, hat aber durch Ungeschick erreicht, dass seine Schüler vor allem von dem vermeintlich Kraftstrotzenden des Dritten Reiches fasziniert und angesteckt wurden.

(Professor Dr. Peter Struck ist Erziehungswissenschaftler an der Universität Hamburg. In der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt, ist sein Buch „Zuschlagen, Zerstören, Selbstzerstören“ erschienen.)

(aus: Peter Struck, Erziehung gegen Gewalt ist machbar; in: DIE WELT online, URL vom 08.09.2000: <http://www.welt.de/daten/2000/08/22/0822de186780.htm>)

M 8.03 Können Lehrer und Erwachsene verhindern, dass Kinder rechtsextrem werden?

Wie erziehe ich zum Rechtsextremismus?

Ja, in der Tat - man könnte einen jungen Menschen zum Rechtsextremisten erziehen. Man müsste nur konsequent alles falsch machen: die Bedürfnisse eines Jugendlichen nach Geltung und Zugehörigkeit auf Dauer frustrieren. Oder die offensichtlichen Ungerechtigkeiten dieser Gesellschaft beharrlich leugnen. Unangenehme Fragen nach der sozialen Verantwortung des Turbo-Kapitalismus moralisierend ausweichen, ebenso denen nach dem Sinn nationaler Solidargemeinschaften im Zeitalter der Globalisierung. Arbeitslosigkeit als persönliches, nicht als gesellschaftliches Problem darstellen. Von Schul- und Berufsversagern erwarten, dass sie begeistert für diesen Staat eintreten. Der so vorbereitete junge Mensch findet dann im Extremismus alles, was ihm fehlt: Geltung, Anerkennung, mediales Echo, Zugehörigkeit, Omnipotenz-Phantasien, starke Emotionen, Lebenssinn.

Eine besonders wirksame Erziehungsstrategie zur Erzeugung von Rechtsextremismus ist folgende: Mit den „hässlichen“, den „dummen“ Parolen der Neonazis setzen wir uns nicht wirklich und argumentativ auseinander, sondern wir machen sie schlecht, wir zeigen Bestürzung, Betroffenheit, „die gebotene Härte“ und die „eindeutige Ablehnung“. Kurz: Wir sondern normatives Gelaber ab. Aber keine überzeugenden Antworten aufprägen wie: „Warum bin ich als Deutscher arbeitslos und der ausländische Kollege hat eine Stelle?“, „Ist es gerecht, dass jemand durch ein paar Telefonate Zehntausende verdient, und eine Altenpflegerin rackert sich dafür jahrelang ab?“ oder „Warum soll ich für diesen Staat etwas tun, der nichts für mich tut?“ Weichen wir solchen Fragen argumentativ aus, füllen das entstehende Vakuum andere, jene, die darauf eine Antwort wissen.

Im erzieherischen Alltag müssen genau jene Paradoxien realisiert werden, die wir in den Medien und in der Politik nicht dulden könnten: Wenn wir mit einem jungen Menschen diskutieren, müssen wir das in freundlicher, akzeptierender, geduldiger und wertschätzender Art und Weise tun. Auch wenn es um Themen, Parolen und Argumente geht, die politisch gefährlich oder anrühlich sein könnten.

Heranwachsende benötigen positive Beziehungen zu Bezugspersonen wie Eltern, Lehrkräften, Ausbildern, um das Frustrations-Potenzial jeder Gesellschaftsstruktur - geformt aus strukturell erzeugten Ungerechtigkeiten, Enttäuschungen, sinnlosen Anstrengungen und Verlusten - ertragen zu können. Wird das Frustrations-Potenzial politisch größer gemacht, übersteigt es die kompensatorischen Kräfte der Erziehung. Das Auftauchen extremistischer Orientierungen ist immer auch ein Indiz für einen tief greifenden Beziehungs- und Argumentationsverlust im erzieherischen Umfeld

von Jugendlichen.

Wie mächtig ist Erziehung?

Einen jungen Menschen zum Rechtsextremisten erziehen - intuitiv kann sich jeder vorstellen, dass dies gelingen könnte. Die umgekehrte Frage, was Erziehung tun kann, um den Rechtsextremismus zu verhindern, muss hingegen mit einiger Skepsis beantwortet werden: Erziehung wirkt präventiv, aber nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, Ausnahmen sind auch bei bester Erziehung möglich. „Grenzen der Erziehung“ - sie lassen jene jublieren, die ohnehin meinen, dass „alles gesellschaftlich“ oder institutioneill bestimmt sei. Haben sie Recht?

Mitnichten. Ein Beispiel: Wie eine meiner Untersuchungen an einer Stichprobe von 7800 Kindern und Jugendlichen zeigt, ist Fremdenfeindlichkeit und Gewaltneigung dort deutlich schwächer ausgebildet, wo die Lehrer und Lehrerinnen als „nett“ wahrgenommen werden. Dieser Zusammenhang ist stärker als der des Belastungsgrades des Stadtviertels mit Fremdenfeindlichkeit. Zugleich kann in einer Schulklasse das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern von Feindlichkeit geprägt sein und in der Parallelklasse nicht. Dieselbe Institution, dasselbe gesellschaftliche Umfeld - und dennoch krass unterschiedliche Fremdenfeindlichkeit. Also müssen die entscheidenden Ursachen im Kontakt von Mensch zu Mensch liegen, also auch in erzieherischen Kontakten. Befragt man die akademische Erziehungsforschung zur Genese des Rechtsextremismus, lautet die Antwort: „Alles ist multifaktoriell bedingt.“ Eltern, Gleichaltrige, die Medien, die Schule, die Lehrstelle, die Nachbarn - alle tragen ihr Scherflein dazu bei. Die vielen Faktoren (einige aus zig: Kontrollüberzeugungen, soziale Identität, elterlicher Erziehungsstil, schulischer Erfolg, Stellung in der Gleichaltrigengruppe) beeinflussen einander, heben sich auf, summieren sich - ein kompliziertes Geschäft, den Rechtsextremismus herauszurechnen. Und dennoch: Auch wenn Erziehung selbst mit all ihren Maßnahmen nur einen kleinen Teil im Verursachungsgefüge von Rechtsextremismus ausmacht, so ist sie dennoch vermutlich der zweitgrößte Einflussfaktor (der größte - wie immer: Persönlichkeitseigenheiten“). Ein größerer jedenfalls als all die Gremienergüsse, Konzeptpapiere, Erlass-Orgien und Strategiepapiere, mit denen Politik gemacht wird, zusammengenommen. Rechtsextremismus entsteht im Kontakt von Mensch zu Mensch - Erziehung ist ein Teil dieses Kontaktes und kann ihn deshalb entscheidend schwächen.

Neben jeden Neonazi einen Psychologen stellen?
Landet man bei der Erziehung als verantwortlicher

Instanz, endet gemeinhin die politische Phantasie. „Wir können doch nicht alle auf die Couch der Psychologin legen“ - so oder ähnlich wird das Achselzucken verbal begleitet. Sinnvoll und konsequent eingreifen kann man nur im Schulwesen - über Unterricht und Erziehung. Man erreicht jeden Jahrgang nahezu hundertprozentig. Und da sich eine nationale, politische und gesellschaftliche Identität erst ab der Pubertät bildet, werden alle auch in einer apolitisch sensiblen Phase „erwischt“. Freilich müssen Lehrkräfte dies auch wollen: Achselzucken angesichts extremistischer Bekundungen ist ebenso unangebracht wie ein falsches Verständnis von parteipolitischer Neutralität - etwa: „Ich unterrichte nur Mathematik - eure politischen Ansichten interessieren mich nicht.“ Oder: „Er ist zwar Neonazi, aber im Unterricht habe ich keine Probleme mit ihm.“ Lehrkräfte sind - was immer sie unterrichten - Vertreter demokratischer Prinzipien. Lehrkräfte allerdings arbeiten mehr und härter als beispielsweise Büro-Berufler - auch wenn das Öffentlichkeit und Politik nicht wahrhaben wollen. Ihre Arbeit wird öffentlich nicht anerkannt. In vielen Fällen sind sie mit einer hoch problematischen Realität unseres Landes konfrontiert, die dem Normalbürger fremd ist. Sie ohne Entlastung mit neuen Aufgaben zu belasten wäre eine schreiende Ungerechtigkeit. Im Klartext: Lehrkräfte brauchen mehr Erholungspausen als Bürohengste und sie brauchen für Erziehung mehr Zeit. In rechtsextremistischen Krisengebieten müsste man jeden Tag 45 Minuten opfern, um im freien Gespräch, nach demokratischen Spielregeln, Themen von Schülern und Lehrern zu diskutieren: die Backstreet Boys, Sexualität, die Ungerechtigkeit in der Welt, den Rechtsextremismus und so weiter. Dafür müssen andere Fächer gekürzt werden. Ein weiteres Unterrichtsstündchen „Politische Bildung“ mit dem Schwerpunkt „Neonazis“ ist hier nicht gemeint - das macht Neonazis für jene interessant,

die im Fach eine Fünf kriegen ... Was Lehrkräfte zur Verhinderung von Rechtsextremismus leisten könnten, zeigen unsere Studien im nördlichen Ruhrgebiet - aus Gebieten, die ähnlich mit Arbeitslosigkeit und wesentlich höheren Ausländeranteilen als im Osten „belastet“ sind: kaum Neonazis und ein besonders verblüffender Abfall an Fremdenfeindlichkeit mit steigendem Ausländeranteil in der Klasse.

Wer wird kein Rechtsextremer?

Angenommen: Wir hätten Zeit und Geduld für die Erziehung. Wann würde der uns anvertraute junge Mensch kein Rechtsextremer? Wir würden ihm von klein auf eine verständnisvolle Bezugsperson sein, wir würden stets eine Bedrohung seines Selbstwertes vermeiden. Wäre er in der Schule ein Versager, zeigten wir ihm umso deutlicher seinen Wert für uns und die Gesellschaft. Wir stärkten seine personale Identität und wären skeptisch gegen Gruppenidentitäten. Wir sprächen ihn weder als „du als Junge“ noch „du als Türke“ oder „du als Deutscher“ an. Wir hätten eine Antwort auf die Frage, wie man glücklich wird, obwohl man ein Versager ist. Wir machen ihm klar, was moderne Staaten heute sind: leider keine Verschworenen Solidar-, sondern lockere Interessengemeinschaften. Wir leben ihm überzeugend vor, wie man mit dem Frustrations-Potenzial der Gesellschaft umgehen kann. Dann hätten wir es richtig gemacht. Aber wir müssten uns anstrengen.

(Rainer Dollase (57) ist Professor für Psychologie sowie Mitglied des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld und bildet Lehrer aus)

(aus: Rainer Dollase, Besser antworten, in: Die Woche vom 11.08.2000)

M 8.04 „Offensichtlich machen wir etwas falsch“

FR: *In der Debatte über den erstarkenden Rechtsextremismus in Deutschland wird immer mehr auch Kritik an den Schulen laut. Dokumentiert die rechte Gewalt gegen Ausländer, Obdachlose und Behinderte, dass Schule in der Vergangenheit in diesem Punkt versagt hat?*

Willi Lemke: Von einem Versagen der Schule kann man nicht sprechen. Das Ausmaß der Situation würde so nicht scharf genug gezeichnet. Es gibt vielfältige Faktoren und dazu gehört die Schule. Auch Defizite in der Schule tragen dazu bei, dass sich der Rechtsextremismus in Deutschland entwickelt. Aber man darf das nicht auf die Schule reduzieren, es ist ein Problem, für das die gesamte Gesellschaft Verantwortung trägt.

Wo gibt es Ihrer Ansicht nach Versäumnisse in der Schule?

Ich meine, dass die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, mit dem Nationalsozialismus und dem Rechtsextremismus, in der Schule nicht immer und überall so stattfindet, wie es wünschenswert wäre. Es ist ein wichtiger Punkt, den jungen Menschen vor Augen zu halten, was in unserem Land an Leid entstanden ist durch die Machtübernahme von Rechtsradikalen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass, wenn man sich in allen Schulen ernsthaft und mit den richtigen Methoden mit den Fragen des Nationalsozialismus beschäftigt, die Rechtsradikalen einen solchen Zulauf haben, wie wir es derzeit erleben.

Nach Aussage von Lehrerverbänden ist jeder Schüler in seiner Laufbahn mindestens zehn Mal im Unterricht mit dem Nationalsozialismus konfrontiert worden.

Ich würde mich freuen, wenn es der Fall ist. Das möchte ich aber gern in der Praxis bestätigt sehen. In meinem Verantwortungsbereich werde ich das in den nächsten Wochen und Monaten sehr genau überprüfen. Ich werde dem Lehrerbildungsinstitut den Auftrag geben, zum Schuljahresbeginn zu analysieren: Findet an den Schulen die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus in unserer eigenen Vergangenheit - mit Nationalsozialismus, mit Judenverfolgung - statt, hat das stattgefunden in den vergangenen Jahren. Schule für Schule wird abgefragt und auf den Prüfstand gestellt. Überprüft werden muss auch, ob das Thema in inhaltlich angemessener Form dargestellt wird und nicht etwa zum Schuljahresende unter den Tisch fällt.

Glauben Sie, dass die Lehrer für die Auseinandersetzungen mit Rechten, die in den Schulen stattfinden, ausreichend vorbereitet sind?

Theoretisch ja. Die Ausbildung der Lehrer in Deutschland ist aus meiner Sicht sehr gut. Aber im praktischen Umgang in den Schulen gibt es sicher Defizite. Wir haben es auch nicht nur mit einem Schulproblem zu tun. Es wäre völlig verkürzt, wenn wir sagten, dafür ist ausgerechnet die Kultusministerkonferenz zuständig. Hier kommen gesellschaftliche Entwicklungen in allen Bereichen zum Tragen. Die Erziehung zum Demokraten fängt im Elternhaus an und muss in der Schule fortgesetzt werden. Es kommen verschiedene Punkte zusammen. Alle müssen sich die Frage stellen: Machen wir etwas richtig, oder machen wir etwas falsch? Und ganz offensichtlich machen wir etwas falsch.

Derzeit werden zahlreiche Offensiven in allen gesellschaftlichen Bereichen angekündigt. Welche Initiative ist von der Kultusministerkonferenz zu erwarten?

Das Problem kann nicht zentral, sondern nur vor Ort gelöst werden. An jeder Schule. Wir dürfen jetzt nicht in der Kultusministerkonferenz eine neue Arbeitsgruppe einrichten, sondern müssen - jedes Bundesland für sich - erkennen, wie wichtig es ist, dass an den Schulen entsprechende Weichen gestellt werden. Wir müssen an die Basis gehen und mit den Schulleitern reden, inwieweit solche Tendenzen an den Schulen verbreitet sind. Wir müssen uns fragen, wie sieht die Auseinandersetzung an den Schulen mit dem Rechtsradikalismus aus; reicht es aus oder müssen wir nachlegen?

Was müssen die einzelnen Schulen tun?

Schule muss sich stärker ihrer Ausgangssituation bewusst werden. Die Kollegien müssen sich zusammensetzen, um gemeinsam zu analysieren: Betrifft es uns, in welcher Form betrifft es uns, haben wir dem entsprechend entgegen gearbeitet? Was müssen wir verändern? Wir müssen auch überprüfen, warum wir bei den Schülern vermehrt so eine Ist-doch-egal-Mentalität - ob bei schulischen Leistungen oder Berufsaussichten - feststellen. Auch diese Haltung führt zur Perspektivlosigkeit. Und dann kommt auf einmal so eine Kameradschaft, in der halten alle zusammen wie Pech und Schwefel und rasieren sich die Köpfe. Dass die Schüler an so etwas Gefallen finden, zeigt ja, dass irgendetwas fehlgelaufen ist.

Und was erwarten Sie von den Lehrern?

Ein noch stärkeres Engagement, noch mehr Courage. Ich erlebe - nicht nur bei den Lehrern - eine Mentalität des Wegschauens und des Sich-nicht-Einmischens. Auch Lehrer sagen sich: „Ich bin doch nicht blöd und hole mir ein blaues Auge. Vielleicht wird mein Haus beschmiert, oder ich bekomme auf dem Schulweg einen über die Rübe.“ Da wünsche ich mir - allerdings nicht nur im Bereich des Rechtsradikalismus, sondern auch bei Drogenmissbrauch oder Vandalismus - mehr Engagement und mehr Bürgersinn. Wenn die Schüler das nicht von ihren Lehrern erleben, die ja Vorbilder sein sollen, wie sollen wir es dann von den Schülern erwarten.

Einzelne Schulen schreiben sich den Kampf gegen den Rechtsextremismus in die Schulordnung und verbieten darin das Tragen von Springerstiefeln.

Solche Initiativen finde ich auf jeden Fall begrüßenswert.

(aus: Willi Lemke, „Offensichtlich machen wir etwas falsch“, in: Frankfurter Rundschau online, URL vom 08.09.2000: <http://www.f-r.de/fr/spezial/rechts/t201720000828223691.htm>)

Arbeitshinweise zu M 8.01 - 8.04

— *Welchen Beitrag können Schule und Erziehung gegen Rechtsextremismus und Rechte Gewalt leisten? Wo liegen hier Grenzen?*

— *Formuliere für eure Schule und/ oder eure Klasse „Leitlinien und Ideen für eine Schule ohne Rassismus und Rechte Gewalt“. Lies dazu die Materialien M 8.01 - M 8.04 als Anregung aufmerksam durch!*